

**Regierung halbiert
Fördermittel:**

**Halbes Budget,
halbes Personal,
volle Leistung**

In diesem Rundbrief:

Integration: Regierung halbiert Fördermittel
UGÖD: Bildung statt Budgetkürzung! S. 2

Weltweit engagiert, um zu helfen
**Die Auslandsaufgaben des
Österreichischen Bundesheeres S. 4**

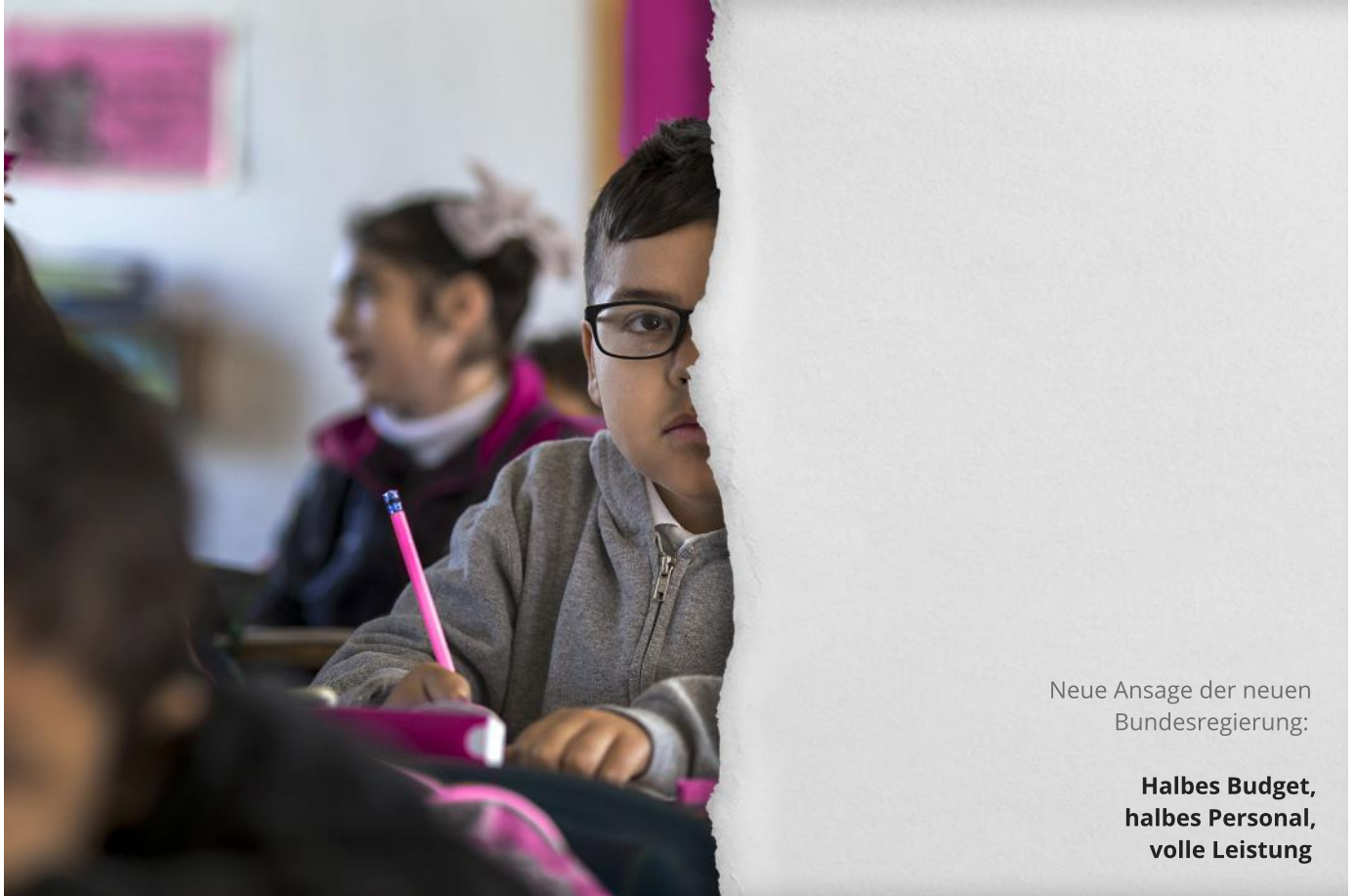
Wir über uns:
Die Unabhängigen stellen sich vor

Stv. UGÖD-Vorsitzende
Elke Weißborn S. 6

UGÖD-Schlichtungsstelle
Ulla Häußle S. 8

UGÖD-Schlichtungsstelle
Georg Becker S. 10

UGÖD fordert: Investition in Bildung statt zukunftsblinder Budgetkürzung!



Neue Ansage der neuen
Bundesregierung:

**Halbes Budget,
halbes Personal,
volle Leistung**

Regierung kürzt bei den Schwächsten

Die Fördermittel von 80 Millionen aus dem sogenannten Integrationstopf sollen mit 31. Dezember 2018 auslaufen, im leicht angehobenen Bildungsbudget sind nur mehr 40 Millionen Euro für Integration vorgesehen.

Statt der 850 FörderlehrerInnen, statt zusätzlicher PsychologInnen, SchulsozialarbeiterInnen und mobiler interkultureller Teams sind nur mehr 440 LehrerInnen für von **ÖVP und FPÖ forcierte und angeblich kostensenkende Deutsch-Sonderklassen** vorgesehen. Das bedeutet **Separation statt Integration**.

FPÖVP: Frontalunterricht statt Team-Teaching

Team-Teaching wird generell in Frage gestellt und zum **Einsparungspotential** erklärt.

Betroffen sind vor allem die „Pflichtschulen“: Volksschulen, Neue Mittelschulen und Polytechnische Schulen.

Diese Kürzungen im Bildungsbereich und das Ende Februar angekündigte Streichen von Integrationsprojekten im AMS-Bereich treffen sozial Schwache, Arbeitsuchende, MigrantInnen, Flüchtlinge, darunter vor allen anderen Frauen und ihre Kinder.

Integration als Aufgabe der LehrerInnen aller Schultypen

Die KollegInnen der Neuen Mittelschulen/NMS, Volksschulen/VS und Polytechnischen Schulen/PTS und ihre SchülerInnen werden von dem im Budget 2019/20 eingeplanten Auslaufen von Integrationsmaßnahmen massiv getroffen. Sie brauchen die Solidarität aller LehrerInnen, auch die der Bundes-LehrerInnen an AHS und BMHS.

UGÖD: Integration braucht Vielfalt statt Sonderklassen für Außenseiter

Soziale Integration und Förderung der schulpflichtigen 10-bis14-Jährigen ist kein Spezialproblem der NMS, sondern gemeinsame Aufgabe von NMS und AHS-Unterstufen. Der Gesetzgeber hat es aber im Schulreformgesetz 2017 versäumt, AHS-Unterstufen auch als Pflichtschulen einzurichten.

Sozialer Zusammenhalt, Integration und Förderung
„gemeinsame Aufgabe aller LehrerInnen“

Denn in städtischen Ballungsräumen besuchen 50% der 10-bis 14-Jährigen die Pflichtschule NMS. Doch nur die NMS sind zur Integration und zur Förderung auch der Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien verpflichtet. NMS fördern Kinder unabhängig von Herkunft und sozialem Status der Eltern. Sie können sich - anders als die AHS - ihre SchülerInnen nicht aussuchen.

Nun offiziell „Menschen zweiter Klasse“?

Diesen gefährlichen Schluss lässt das Budget der österreichischen Bundesregierung zu.

Der **„Integrationstopf“** ermöglichte die Anstellung von Unterstützungspersonal an Volksschulen, NMS und AHS, BMHS und BS, die Anstellung von Fachkräften für Spracherwerb und Integration, von PsychologInnen und SozialarbeiterInnen. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen/**UGÖD** und die Österreichischen LehrerInneninitiative/**ÖLI-UG** **fordern seine Übernahme ins Regelbudget**. Wir brauchen dieses Unterstützungspersonal an den Schulen!

Bildung = Zukunft

Investitionen in Bildung rechnen sich: Durch verbesserte Bildungschancen werden demokratische Teilhabe und ein gleichberechtigtes Zusammenleben erst möglich.

Gemeinsam mit ÖGB, AK, Caritas und Diakonie fordern wir die Bundesregierung auf, in Bildung zu investieren, in die Zukunft all jener Menschen, die in Österreich leben und arbeiten.

Beate Neunteufel-Zechner,
Reinhart Sellner

Vorsitzende der
**Unabhängigen GewerkschafterInnen
in der GÖD**



Weltweit engagiert, um zu helfen

Die Auslandsaufgaben des Österreichischen Bundesheeres



von

Oberst Engelbert Ponemayr, MSD

Seit 1983 beim ÖBH, derzeit verwendet in der Streitkräfteplanung im BMLV

Verteidigung, Schutz der Demokratie und Katastrophenhilfe

Die Aufgaben des Bundesheeres sind im Artikel 79 der Bundesverfassung festgelegt. Dem Bundesheer obliegt die militärische Landesverteidigung und auf Ersuchen der zuständigen zivilen Behörde die Hilfeleistung zum Schutz der demokratischen Einrichtungen, zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Inneren im Allgemeinen sowie die Hilfe bei Katastrophen besonderen Ausmaßes.

Seit mehr als 50 Jahren im Auslandseinsatz

Im Jahr 1965 wurde – im Wesentlichen auf Ersuchen der Vereinten Nationen – im Wehrgesetz auch die Teilnahme an Auslandseinsätzen auf Ersuchen internationaler Organisationen aufgenommen. Um an EU-Einsätzen im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ teilnehmen zu können wurde später noch der Artikel 23f in die Bundesverfassung aufgenommen. Die sogenannten „**Petersberg-Aufgaben**“ umfassen

humanitäre Hilfe, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.

Zu Einsätzen und Übungen im Ausland kann **ausschließlich Personal** entsendet werden, welches sich **freiwillig dazu meldet**. Die freiwillige Meldung kann bis unmittelbar vor dem Einsatz zurückgezogen werden. Die Einsätze dauern in der Regel 6 Monate und können häufig vor Ort auf 12 Monate verlängert werden. Bei besonders schwierigen Verhältnissen kann die Einsatzdauer auch kürzer sein. Übungen im Ausland dauern abhängig vom Übungszweck meist ein bis 4 Wochen, wobei die Entsendung auf Basis des gleichen Gesetzes erfolgt wie zu Einsätzen.

Friedenserhaltende Aufgaben – die „großen“ Missionen

Bei diesen Einsätzen werden Truppen mit ihrer planmäßigen Bewaffnung und Ausrüstung eingesetzt.

Bereits seit 1964 nahm das ÖBH mit einem Sanitätskontingent an der UN-Mission UNFICYP (Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern) teil, das 1972 zu einem UN-Bataillon mit knapp 300 Mann aufgestockt wurde. Dieser Einsatz endete 2001.

Andere bekannte Einsätze in diesem Rahmen waren UNEF II (1973, Ägypten, 1 UN-Bataillon), UNDOF (1974 – 2013, Golanhöhen, 1 UN-Bataillon mit bis zu 720 Soldaten), ISAF (2002 und 2005, Afghanistan, bis zu 100 Soldaten), EUFOR Tschad/RCA (2008 – 2009, Tschad, bis zu 160 Soldaten).

Rettungseinsätze und humanitäre Einsätze

Das Bundesheer verfügt mit der **Katastrophenhilfseinheit für „Urban Search and Rescue“** AFDRU (Austrian Forces Disaster Relief Unit) eine spezialisierte Hilfseinheit, die aus aktiven Soldaten und Milizpersonal besteht. Diese Einheit ist ebenso wie die Fähigkeit zur Wasseraufbereitung nahezu einmalig in Streitkräften. Darüber hinaus kommen im Rahmen humanitärer Einsätze auch Sanitätskräfte zum Einsatz. Die Einsätze erfolgen in der Regel unbewaffnet oder nur mit leichter Bewaffnung zum Selbstschutz.

Humanitäre Hilfe, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung

Heute ist das Bundesheer unter dieser Kategorie engagiert in den Missionen EUFOR-ALTHEA in Bosnien-Herzegowina zur Stabilisierung der militärischen Aspekte des Friedensabkommens von Paris mit 221 Soldaten, KFOR im Kosovo zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Kosovo auf Basis der UN-Resolution 1244 (1999) mit 440 Soldaten, UNIFIL im Libanon zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung auf Basis mehrerer UN-Resolutionen.

Beobachtereinsätze – „Looking and Cooking“

Die scherzhafte Bezeichnung geht darauf zurück, dass in diesen meist durch die Vereinten Nationen oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geführten Einsätzen die BeobachterInnen häufig „Selbstversorger“ sind, sich also selbst verpflegen müssen. Die Beobachter verfügen in der Regel nur über Schutzbekleidung und allenfalls eine Pistole zur Selbstverteidigung. Diese Einsätze sind häufig durch extrem lange Dauer gekennzeichnet.

Heute ist das Bundesheer in Beobachtermissionen beispielsweise engagiert in Mali, Kroatien, Zypern, Georgien, im Nahen Osten, in der Ostukraine und in der Westsahara.

Weltweite Katastrophenhilfe

Bisher erfolgten Einsätze beispielsweise im Kongo (1960 – 1963, Sanitätskontingent), in Friaul (1976, Erdbeben), Armenien (1988, Erdbeben), Iran (1991, UN-Feldspital für ein Flüchtlingslager, Kurdenhilfe; 2003 Erdbeben), Albanien (1999, Feldspital für ein Flüchtlingslager und Trinkwasseraufbereitung), Türkei (1999, Erdbeben), Sri Lanka (2005, Tsunamikatastrophe, Trinkwasseraufbereitung), Pakistan (2005, Erdbeben, Trinkwasseraufbereitung), Griechenland (2007, Bekämpfung von Waldbränden).

Gegenwärtig sind insgesamt 950 Soldatinnen und Soldaten im Ausland eingesetzt. Seit 1960 haben über 100.000 österreichische Soldatinnen und Soldaten an Friedensmissionen teilgenommen; 60 von ihnen kamen dabei ums Leben.

Wir über uns:

Elke Weißenborn

Stv. UGÖD-Vorsitzende, Betriebsrätin

Medizinische Universität Wien

Spitalgasse 23
Bauteil 88
1090 Wien

Telefon:
+43 / 1 / 40160-21027

Email:
elke.weissenborn@meduniwien.ac.at



Elke Weißenborn

Als Behindertenbeauftragte der MedUni Wien aktiv

Ich bin an der Medizinischen Universität Wien seit 1992 (damals Medizinische Fakultät der Universität Wien) als Vertragsbedienstete beschäftigt, seit 2007 in der Studienabteilung, wo ich als Behindertenbeauftragte auch für alle Belange von Studierenden und StudienwerberInnen mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung zuständig bin.

Wie bin ich zur UGÖD gekommen?

Um diese Frage zu beantworten, ist eine Rückblende auf das Jahr 2000 notwendig.

ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel hatte vor der Nationalratswahl im Oktober 1999 mehrmals angekündigt, dass die ÖVP, sollte sie drittstärkste Partei werden, in die Opposition gehen werde.

Nach langwierigen Regierungsverhandlungen gab es im Februar 2000 ein Ergebnis: Wolfgang Schüssel ließ sich, entgegen seinen Versprechungen, als Vorsitzender der drittstärksten Partei, von Jörg

Haider (FPÖ) zum Bundeskanzler machen und holte als Gegenleistung dafür die FPÖ in die Regierung.

Blau-Schwarzer Pakt gegen die WählerInnen

Die Empörung und der Zorn der Zivilbevölkerung waren groß, Tausende gingen auf die Straße, die Regierungsmitglieder mussten sich aus Angst vor den aufgebracht Menschenmassen durch einen unterirdischen Gang zur Angelobung schleichen. Die **eisige Miene des damaligen Bundespräsidenten Klestil** bei der Angelobung ist legendär, **zwei von der FPÖ nominierten Ministern verweigerte er die Angelobung.**

Es folgten erst tägliche, dann wöchentliche Demonstrationen gegen die **blau-schwarze** Regierung, die sogenannten Donnerstagsdemos.

Der Ballhausplatz wurde besetzt, anfangs war es ein Zelt, später ein Container, die „Botschaft der besorgten BürgerInnen“ (BBB), die rund um die Uhr betreut wurde.

Teil des Widerstands

Ich war von Anfang an Teil dieser Widerstandsbewegung, nahm an den Donnerstagsdemos, vielen anderen Kundgebungen und Aktionen gegen Blau-Schwarz teil und machte regelmäßige „Dienste“ bei der BBB.

In diesem Zusammenhang entstanden meine ersten Kontakte zu sehr lieben Menschen der UG, genauer gesagt der AUGÉ, die sich in den folgenden Jahren durch viele gemeinsame regierungskritische Aktivitäten vertieften.

Universitäten: Ausgliederung mit Folgen

Als mit 1. 1. 2004 die Universitäten ausgegliedert wurden, war ich von den Maßnahmen der Umstrukturierungen persönlich massiv betroffen.

Im März wurde ein großer Teil der MitarbeiterInnen unserer Abteilung ohne Vorwarnung, mehr

oder weniger von einem Tag auf den anderen versetzt, darunter auch ich.

Die für uns zuständige Personalvertreterin (FCG) des Dienststellenausschusses, an die ich mich gewandt hatte, erklärte mir nur, dass sie darüber nicht informiert wurde und auch nichts machen könne.

FCG-Personalvertreterin schwieg - Unabhängige halfen

Eine AUGÉ-Freundin aus dem Kreis der DonnerstagsdemonstrantInnen gab mir daraufhin den Rat, mich an Richard Koller, den damaligen Vorsitzenden der UGÖD zu wenden.

Ich schrieb ihm ein Mail und erhielt eine engagierte, ausführliche, mehrere Seiten umfassende Antwort, die mich sehr beeindruckte - so etwas hatte ich von der Gewerkschaft nicht erwartet.

Es folgte ein Treffen mit Richard, zu dem ich gemeinsam mit meiner Arbeitskollegin Andrea Ofner ging, bei dem uns Richard mit Ernst Eigenbauer bekannt machte.

Richard ermutigte uns, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, anstatt auf die halbherzige PV-Arbeit der FCG-Kolleg*innen zu vertrauen.

Unabhängige Liste gegründet

Im Laufe des Sommers 2004 gab es mehrere „konspirative“ Treffen im Garten des Gasthauses Sittl, an denen auch Manfred Gengler, Thomas Vanorek und andere KollegInnen teilnahmen. Aus diesen Treffen entstand dann – mit tatkräftiger Unterstützung von Richard – die Liste IMUN-UG, mit der wir bei den ersten Betriebsratswahlen an der MedUni Wien im Dezember 2004 antraten und 6 von 16 Mandaten erreichten.

Seitdem ist IMUN-UG im Betriebsrat für das allgemeine Personal der MedUni Wien vertreten.

2006 wurde ich in die UGÖD Bundesleitung kooptiert und bin seit 2010 eine der stellvertretenden Vorsitzenden der UGÖD.

Wir über uns:

Ulla Häußle

UGÖD-Schlichtungsstelle

AHS-Lehrerin im Ruhestand

Mobil:

+43 / 650 / 3779 361

Email:

haeussle@oeli-ug.at



Ulla Häußle

Engagierte Pädagogin

Ich lebe in Innsbruck-Igls, war 40 Jahre Lehrerin in Innsbruck und bin seit 1. Juli 2017 in Pension. Die vergangenen 20 Jahre arbeitete ich an einem innovativen Gymnasium/Realgymnasium und da mich Pädagogik, Schulentwicklung und Vertretungsarbeit sehr interessierten, war ich z.B. an der Ausgestaltung schulautonomer Fächer beteiligt, von denen ich auch einige unterrichtete. So kamen zu meinen ursprünglichen Studien- und Unterrichtsfächern Geschichte und Sport weitere dazu.

Die Schule war für mich immer ein spannender Arbeitsplatz, sowohl in pädagogischer wie in gewerkschaftlicher/personalvertreterischer Hinsicht.

TLI-UG, ÖLI-UG, UGÖD

Vor einigen Jahrzehnten gab es in Tirol eine Gruppe von Lehrere_innen, die immer wieder zu Vorträgen, Diskussionen und vielem mehr einlud. Dort traf ich Menschen, die etwas bewegen wollten und daher nahm ich eine Einladung zur Mitarbeit gerne an.

Die Gruppe nannte/nennt sich **TLI-UG** (Tiroler Lehrer_innen Vertretung), und ich war ab den 90er Jahren eine ihrer Vertreter_innen im AHS-Fachausschuss Tirol (Personalvertretung). Dort setzte ich mich für mehr Transparenz und Demokratie ein, was ich auch als DA-Vorsitzende an meiner Schule und als Mitglied des AHS-Zentralausschusses tat.

Und so kam ich zur UGÖD:

Die TLI-UG ist Teil der ÖLI-UG, und die ÖLI-UG ist Teil der UGÖD – ich bin mit Überzeugung bei allen drei dabei.

Schlichtungsstelle der UGÖD

Seit einigen Jahren bin ich eines der drei permanenten Mitglieder der UGÖD-Schlichtungsstelle.

In dieser Funktion ist ein gelingendes Miteinander wichtig. Genaues Studium der Unterlagen, intensiver Gedankenaustausch und gutes Zuhören sind einige der Punkte, die für mich zu den wesentlichen bei der Erfüllung dieser Aufgabe gehören. Ich kann dazu meine langjährige Erfahrung im Arbeiten mit Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern einbringen.

Mut zu mehr

Auf meinem Schreibtisch steht eine Karte mit dem Satz „In größere Schuhe passt man immer.“

Manches erschien mir zu groß für mich allein. Im gemeinsamen Denken, Reden und Handeln ist einiges schon gelungen und die Schuhe dürfen auch einen Spielraum lassen.

...und manchmal sollten nicht nur die Schuhe, sondern auch die Umwelt einen Spielraum lassen dürfen.



Wir über uns:

Georg Becker

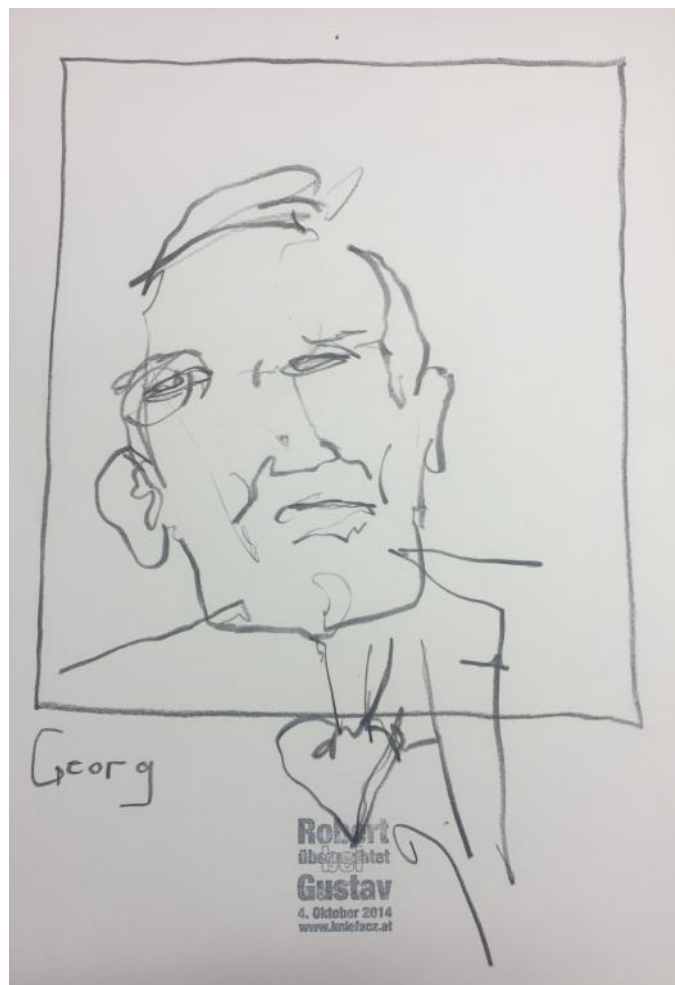
UGÖD-Schlichtungsstelle

Jurist des BMVIT im Ruhestand

Feldmühlg. 13/2
1132 Wien

Mobil:
+43 / 676 / 725 7094

Email:
georg.becker@posteo.de



Georg Becker

Die „Kaiservilla“ in Bad Ischl



Geboren am Ostersonntag in Bad Ischl

Georg Becker, geb. 1. April (Ostersonntag) 1945 in Bad Ischl, OÖ, auch weil das Salzkammergut damals „Sanitätsbezirk“ und Vater solcher ein Soldat war. Aufgewachsen in Wien konnte ich Jus studieren und Jänner 1971 in das neue Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein- und 2002 im BMVIT in den Ruhestand übertreten.

Bei Amnesty und der WUK-Gründung

Habe mich am ARENA-Sommer 1976 (Auslandsschlachthof St. Marx, Wien-Landstraße) beteiligt, dort einen AMNESTY INTERNATIONAL-Info-Stand am Wochenende betreut; mich dann bei der jahrelangen Vorbereitung des WUK (Verein zur Schaffung offener Kultur- und Werkstättenhäuser; unterhalb der Volksoper in Wien-Alsergrund) eingebracht, auch weil ich um die Ecke wohnte. 1984 übersiedelte ich zu meiner 2. Frau nach Unter St. Veit, wo ich zunächst die Bürgerinitiative, „Seniorenheim JA – Monsterbau NEIN“ und anschließend dort den sog. „Klimtverein“ mitbegründete: www.klimt.at

Spontane Kandidatur

Im Sommer 1991 hab ich mitbekommen, dass für den Dienststellenausschuss im BMWF ein 7. Mandat zu verteilen war (Personalwachstum!). Im September konnte ich im Wochenabstand drei handschriftliche Flugblätter für die gesamte Kollegenschaft in allen Kanzleien „einfacherln“.

Die Botschaft war:

Bisher Mandats-Gleichstand 3 : 3 für ÖAAB-FCG und FSG, eine zusätzliche Kandidatur gefällig?

Sofortiger Wahlerfolg

Ein 4-köpfiges Redaktions-Team lud bald nachher wieder alle ein, einen Namen zu finden, ein Programm festzulegen und Kandidat*innen geheim zu wählen. Der Name „**OFFENES TEAM**“ und das Programm „Transparenz“ (!) waren schnell gefunden, die KollegInnen auch.

(Bei diesem Treffen waren auch „Beobachter“ der beiden anderen „Fraktionen“ zugegen - das „OFFENE TEAM“ gibt's noch immer!)

Bald machte ich mich zu einem Treffen mit unabhängigen GewerkschafterInnen nach Linz (Bahnhofsrestaurant) auf, wo dann u.a. einige LehrerInnen waren und Leute vom (relativ neuen) Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie...

UGÖD-Schlichtungsstelle

Für die Funktion eines (von der Bundeskonferenz gewählten) „ständigen Mitglieds“ in einer Vereins-„Schlichtungsstelle“ ist es m.E. günstig, wenn man/frau gut unterscheiden kann (z.B. „WAS? unabhängig von WER? bzw. WO?“) und, wenn mensch nicht (mehr) auf eine „Karriere-Leiter“ schießt... :-)



Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22, email: office@ugoed.org

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD). Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Websites Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen. Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Websites Dritter.

Bildmaterial:

Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, wikimedia.org, pixabay.com, freeimages.com, eigenes Material